



Vorlage VA\_36/2011  
zur öffentlichen Sitzung des  
Verwaltungsausschusses  
am 28.11.2011

mit 3 Anlagen

An die  
Mitglieder  
des Verwaltungsausschusses

## **Haushaltsplan 2012 und Finanzplanung 2011 bis 2015 - Zusammenfassende Vorberatung -**

### **1. Verfahren**

Der Verwaltungsausschuss ist – wie in den Vorjahren – bereits im Vorfeld des Haushaltsplanentwurfs regelmäßig über die finanzielle Situation des Landkreises informiert worden. Dies erfolgte unter anderem in den Sitzungen am 04.04.2011 und 04.07.2011 im Rahmen der Beratungen zum Handlungskonzept 2012, zum Finanzzwischenbericht 2011 und zum Jahresabschluss 2010.

Nachdem der Haushaltsplanentwurf 2012 mit der Finanzplanung und dem Investitionsprogramm 2011 bis 2015 (Vorlage KT 16/2011) im Kreistag am 21.10.2011 eingebracht wurde, haben die Ausschüsse den Entwurf des Haushaltsplans 2012 vorberaten.

### **2. Stellenplan**

Der Stellenplan (Vorlage VA\_28/2011) wurde am 11.11.2011 im Verwaltungsausschuss eingebracht. Er ist in der heutigen nicht öffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses weiter zu beraten.

### **3. Verwaltungsausschuss am 11.11.2011, 1. Lesung**

Der Verwaltungsausschuss wurde über die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen, insbesondere über die Erhöhung des Kopfbetrages bei den Schlüsselzuweisungen auf 510 Euro informiert. Dies ergibt nach derzeitigem Kenntnisstand eine Haushaltsentlastung von etwa 3,3 Mio. Euro. Der Ausschuss wurde ferner über die in der Deckungsreserve berücksichtigten Mittel für die Schulsozialarbeit von 55.000 Euro sowie den vom KuSA bereits beschlossenen und im Haushaltsplanentwurf berücksichtigten Investitionskostenzuschuss für

die mobile Jugendverkehrsschule in Höhe von 10.000 Euro informiert. Auf die vorliegenden Anträge der Freien Träger sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde hingewiesen.

Der Haushaltsplanentwurf 2012 mit einem - im Vergleich zu den Nachbarlandkreisen - günstigen Kreisumlagehebesatz von 36,5 %-Punkten wurde vom Verwaltungsausschuss positiv beurteilt. Er äußerte sich allgemein anerkennend über die pünktliche Vorlage eines erstmals nach neuem Haushaltsrecht aufgestellten, guten und soliden Haushaltsplans 2012.

Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, über die finanzielle Entwicklung bei der Verwaltungsreform (Effizienzrendite) zu berichten, ist dieser Vorlage eine Anlage 3 beigelegt.

Der Verwaltungsausschuss hat den Haushaltsplanentwurf 2012 zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

#### **4. Sozialausschuss am 14.11.2011**

Der Sozialausschuss hat die ihn betreffenden Produktgruppen des Haushaltsplanentwurfs behandelt. Danach wurden die vorliegenden Anträge erörtert. Von der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass man in Bezug auf den Antrag der Liga der freien Wohlfahrtsverbände auf Dynamisierung von Landkreiszuschüssen im Gespräch mit der Liga eine Einigung erzielt habe. Es sollen Gespräche über die einzelnen Zuschüsse stattfinden. Insbesondere sollen die Personalkosten dynamisiert werden, was jedoch eine Tarifbindung voraussetze. Für diese Dynamisierungen sollen 16.000 Euro bereitgestellt werden. Nach einvernehmlicher Aussprache wurde der Antrag der Wohnungslosenhilfe auf Erhöhung des Zuschusses für die Tagesstätte um 29.843,03 Euro auf 95.326,94 Euro, die Dynamisierung in der dargelegten Form, der Antrag des Vereins Frauen für Frauen auf Bezuschussung der Anlaufstelle zum Thema Essstörung mit 22.400 Euro sowie der Antrag des Kreisdiakonieverbands zur Kofinanzierung des Projekts zur beruflichen und sozialen Integration abhängiger und langzeitarbeitsloser Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion mit maximal 9.500 Euro einstimmig dem Verwaltungsausschuss und dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Erhöhung des Zuschusses an den Verein Psychosoziales Netzwerk gGmbH um 18.000 Euro, um die Öffnungszeiten der Tagesstätte in Ditzingen zu erweitern, wurde zurückgestellt. Mit Einverständnis des Antragsstellers soll erst noch eine genauere Klärung mit dem Träger erfolgen und dann ggf. ab 2013 die Landkreisförderung erweitert werden. Ebenso zurückgestellt wurde der Antrag auf den Einsatz von Energieberatern. Hier ist eine Zusammenarbeit mit der Ludwigsburger Energieagentur geplant. Abgelehnt wurde ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung von zwei neuen Stellen für die Lebensmittelüberwachung, da dies eine Landesaufgabe ist.

Der Sozialausschuss empfahl ferner dem Verwaltungsausschuss / Kreistag einstimmig den Ausbau der Schuldnerberatung mit je einer Stelle bei der Sozialberatung Ludwigsburg e.V., dem Verband der evangelischen Kirchenbezirke sowie beim Landratsamt. Ferner sollen die beiden freien Träger jeweils 10.000 Euro zusätzlich für das ehrenamtliche Engagement erhalten.

Außerdem empfahl der Sozialausschuss dem Verwaltungsausschuss / Kreistag einstimmig die Schaffung einer halben Stelle im Zeitvertrag für die Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige sowie die Verteilung der Mittel für die Schulsozialarbeit aus dem

Bildungs- und Teilhabepaket von ca. 1,2 Mio. €entsprechend der im Landkreis vorhandenen Stellen.

Der Sozialausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss / Kreistag einstimmig bei drei Enthaltungen die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2012 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2011 bis 2015.

## **5. Jugendhilfeausschuss am 16.11.2011**

Der Jugendhilfeausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsplanansätze beraten. Er empfahl dem Verwaltungsausschuss und dem Kreistag einstimmig, folgende Anträge zu bewilligen. Der Kinderschutzbund soll einen Kreiszuschuss von jährlich 20.000 Euro erhalten. Die Beratungseinrichtung „JobConnections“ soll für das Jahr 2012 einen Kreiszuschuss von 20.000 Euro erhalten. Die Fachstelle „Stellwerk“ soll mit insgesamt 30.000 Euro 2012 und 2013 gefördert werden was eine Erhöhung von 20.000 Euro für das Jahr 2012 gegenüber der bisherigen Förderung bedeutet.

Ein Antrag von DIE LINKE auf Schaffung von zwei Vollzeitstellen für einen Fachdienst „Aufsuchende Familienberatung“ wurde einstimmig abgelehnt.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurde einstimmig bei einer Enthaltung die Aufstockung des Pflegegeldes bei der Kindertagespflege von 3,90 €auf 5 €pro Stunde durch den Kreis beschlossen. Die Kreiskasse wird dadurch voraussichtlich mit etwa 200.000 Euro belastet. Dieser Betrag kann aus der Verteilung der Mittel für die Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in etwa gleicher Höhe gedeckt werden.

Der Jugendhilfeausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss / Kreistag einstimmig die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2012 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2011 bis 2015.

## **6. Ausschuss für Umwelt und Technik am 18.11.2011**

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat die in seiner Zuständigkeit liegenden Produktgruppen des Ergebnis- und Finanzhaushalts beraten. Ein Antrag von DIE LINKE auf Einführung eines Sozialtickets im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart für den Landkreis Ludwigsburg zu erarbeiten, wurde abgelehnt. Ferner wurden die durch den Ausstieg des DRK beim Behindertenfahrdienst notwendig gewordenen Änderungen erörtert. Zuschussmittel in Höhe von 23.000 Euro des Sozialhaushalts sind damit auf die Johanniter Unfallhilfe als Leitstelle umzuschichten. Entsprechendes gilt für die Mittel aus dem ÖPNV-Bereich über 84.400 Euro.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfahl dem Verwaltungsausschuss / Kreistag einstimmig die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2012 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2011 bis 2015.

## **7. Kultur- und Schulausschuss am 21.11.2011**

Über die Beratungsergebnisse des Kultur- und Schulausschusses wird in der Sitzung mündlich berichtet.

## **8. Verwaltungsausschuss am 28.11.2011, Zweite Lesung**

Änderungen des Haushaltsplanentwurfs 2012, die sich auf Grund der Haushaltsplanberatungen der Fachausschüsse ergeben haben und sich ggf. noch ergeben werden, wurden in die Änderungsliste (Anlage 1) aufgenommen.

Der Verwaltungsausschuss hat im Einzelnen noch über folgende Ausschussempfehlungen zu beraten und eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben. Die Kosten der jeweiligen Maßnahme stellen sich wie folgt dar:

- 8.1 Dynamisierung von Landkreiszuschüssen 16.000 Euro (SoA 14.11.2011).
- 8.2 Erhöhung des Zuschusses an die Wohnungslosenhilfe für die Tagesstätte um 29.843,03 Euro (SoA 14.11.2011).
- 8.3 Zuschuss an den Verein Frauen für Frauen für die Beratungsstelle Essstörungen in Höhe von 22.400 Euro (SoA 14.11.2011).
- 8.4 Zuschuss an den Diakonieverband zur Kofinanzierung des Projekts zur beruflichen und sozialen Integration abhängigkeitskranker und langzeitarbeitsloser Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion von maximal 9.500 Euro (SoA 14.11.2011).
- 8.5 Ausbau der Schuldnerberatung mit je einer Stelle bei der Sozialberatung Ludwigsburg e.V. (67.700 Euro), dem Verband der evangelischen Kirchenbezirke Ludwigsburg (59.800 Euro) sowie beim Landratsamt. Außerdem sollen die Mittel für das ehrenamtliche Engagement um jeweils 10.000 Euro bei den beiden oben genannten freien Trägern aufgestockt werden (SoA 14.11.2011).
- 8.6 Schaffung einer halben Stelle im Zeitvertrag für die Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige (25.000 Euro, SoA 14.11.2011).
- 8.7 Förderung des Deutschen Kinderschutzbundes, Orts- und Kreisverband Ludwigsburg e.V. mit einem jährlichen Zuschuss von 20.000 Euro (JHA 16.11.2011).
- 8.8 Förderung der Beratungseinrichtung „JobConnections“ mit einem Betrag von 20.000 Euro für das Jahr 2012 (JHA 16.11.2011).
- 8.9 Erhöhung des Zuschusses für die Fachstelle „Stellwerk“ – Sexualisierte Gewalt durch Minderjährige um 20.000 Euro auf 30.000 Euro.
- 8.10 55.000 Euro für den Einsatz eines Schulsozialarbeiters an Sonderschulen (KuSA 30.05.2011).

- 8.11 Aufstockung des Pflegegeldes bei der Kindertagespflege auf 5 Euro/Stunde mit einem geschätzten Aufwand von 200.000 Euro (JHA 16.11.2011).

Aus den Ziffern 8.1 bis 8.10 ergibt sich für 2012 ein zusätzlicher Mittelbedarf von 365.243,03 Euro im Ergebnishaushalt, der aus der Deckungsreserve finanziert werden kann. Die 200.000 Euro aus Ziffer 8.11 können durch Mehreinnahmen aus dem Bildungspaket für die Schulsozialarbeit abgedeckt werden. Aus den restlichen Mitteln der Deckungsreserve müssen noch anteilmäßig die vom Verwaltungsausschuss im Rahmen des Stellenplans zu beschließenden Stellen für das Job-Center (Kreisanteil ca. 76.000 Euro) und für die Schuldnerberatung beim Landkreis (ca. 63.000 Euro) finanziert werden.

## 9. Wesentliche Änderungen seit Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2012

Die Neuberechnung der Schlüsselzuweisungen auf Grund der November-Steuerschätzung und der Erhöhung der Steuerkraftsumme ergibt Mehreinnahmen in Höhe von 2,2 Mio. Euro. Außerdem erhöht sich die Steuerkraftsumme des Kreises - insbesondere wegen der neuen Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer - um rund 3,6 Mio. Euro auf 505.288.550 Euro. Das Kreisumlageaufkommen steigt dadurch um 1,3 Mio. Euro. Wir schlagen vor, die Mehreinnahmen von rund 3,5 Mio. € zur Reduzierung der Kreditaufnahme 2012 einzusetzen.

### Beschlussvorschlag:

Nach der zusammengefassten Beratung des Haushaltsplanentwurfs – Zweite Lesung – am 28.11.2011 empfiehlt der Verwaltungsausschuss dem Kreistag,

- den Entwurf des Haushaltsplans 2012 auf Grund der Vorlage KT 16/2011 unter Berücksichtigung der Veränderungen nach Anlage 1 (Änderungsliste) und die Haushaltssatzung für das Jahr 2012 nach Anlage 2 zu beschließen,
- die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2011 bis 2015 zu beschließen,
- Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2012 der Kliniken gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 14.365.000 € (ohne BGA Parkhaus) sowie für Kassenkredite von 15 Mio. € zu übernehmen,
- Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2012 der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 16.900.000 € sowie für Kassenkredite von 4 Mio. € zu übernehmen,
- die bis zum 31.12.2011 geleisteten Investitionszuschüsse (Tilgungszuschüsse an die Kliniken und auch den Verband Region Stuttgart) werden nicht aktiviert. Es fallen daher in Zukunft keine Abschreibungen für diese Zuschüsse an. Die Tilgungsumlagen werden entsprechend der bisherigen Verfahrensweise im Jahr der Zahlung vollständig abgeschrieben.